

Anmerkung Orlando Pascheit: Der Rettungsschirm ist durch, in Deutschland. Auch das kritische Slowenien hat ihn akzeptiert, allerdings wird der EFSF in der Slowakei von einer der Koalitionsparteien, der SAS, abgelehnt. Über die Abstimmung in Deutschland wird häufig vergessen, dass der EFSF in der Eurozone einstimmig angenommen werden muss. Das ist eben der Nachteil gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen, wie z.B. den USA: die fehlende Politische Union. Hätten wir ein echtes Europäisches Parlament, wären solche Vorhaben dort entschieden worden und basta. Aber einmal abgesehen von dem Schönheitsfehler, dass Richtlinien für den EFSF noch nicht abschließend verhandelt worden sind, taugt der EFSF, so notwendig sein Signal heute ist, in der angedachten Form nicht für eine langfristige Lösung. Die Frage, ob, geschweige denn wie, z.B. Griechenland seine Schulden zurückzahlen kann, bleibt unbeantwortet. Der Rückkauf von Staatspapieren durch den EFSF soll die Schuldnerstaaten entlasten und die Gläubiger beteiligen, tatsächlich sind es jedoch die Gläubiger die profitieren, während die Schuldnerstaaten leer ausgehen, so fällt als Beispiel von vielen die Antwort von Dominik Egli und Frank Westermann auf die Frage aus: "Wer profitiert wirklich von den Schuldentrückkäufen des EFSF?"

<http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/09/schuldenrueckkaeufe-sind-keine-form-der-glaeubigerbeteiligung/>

So wie die diese Autoren plädieren jetzt wichtige deutsche und französische Ökonomen für einen "Haircut", für einen Schuldenschnitt um 50 Prozent. Interessant ist, dass sich zu diesem Aufruf sonst so gegensätzliche Wissenschaftler wie Peter Bofinger und Wolfgang Franz zusammengefunden haben. Sie schlagen vor, jede griechische Staatsanleihe mit einem Nominalwert von 100 Euro gegen eine EFSF-Anleihe mit einem Nominalwert von beispielsweise 50 Euro zu tauschen. Die Verbindlichkeiten der griechischen Regierung würden dadurch auf das Portefeuille dieses EU-Rettungsschirms übertragen. - In der Tat befindet sich Griechenland schon längst in dem Teufelskreis, dass es allein um die Zinszahlungen leisten zu können, laufend neue Schulden machen muss. Bereits im Januar hatte der Economist in seinen Projektionen für Griechenland für das Jahr 2013 einen Schuldenberg von 370 Milliarden Euro angenommen und empfohlen, auf die Hälfte der Forderungen zu verzichten, um auf einen tolerierbaren Schuldenstand von 80 Prozent des BIP zu kommen.

http://www.economist.com/node/17982094?story_id=17982094

Dabei ging der Economist in den Jahren 2011 und 2012 von einem Wachstumseinbruch von 2,5 Prozent aus. Wie sich jetzt herausstellt, war diese Annahme viel zu optimistisch. Bereits in diesem Jahr muss mit einem Einbruch des BIP um ca. 5 Prozent gerechnet werden. Bereits jetzt hat Griechenland Schulden in Höhe von mehr als 350 Milliarden Euro. Was erstaunt, ist, dass die zehn "Topökonomien" weder auf die undurchsichtige Verflechtung der globalen Finanzmärkte noch auf die Ansteckungsgefahr hinsichtlich Portugals Spaniens oder auch Italiens und eingehen. Bei der Investmentbank Lehman Brothers hatte man die globale Verflechtung dieses Instituts unterschätzt. Auch jetzt muss davon ausgegangen werden, dass zum Beispiel die scheinbar fernen US-Banken mit über

30 Milliarden Dollar in das Geschäft mit den so genannten Credit Default Swaps(CDS) - Absicherungen gegen Spekulationsverluste - involviert sind. Zwar haben unlängst Harald Hau und Bernd Lucke auch für den schlimmsten Fall, dass neben den üblichen Verdächtigen auch Italien nur 75 Prozent des Schuldendienstes leisten könnten, eine übersichtliche Belastung von 32 Mrd. Euro für Deutschland errechnet.

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=10798#h06>

Dennoch dürften sowohl die psychologischen auch die realwirtschaftlichen Auswirkungen für die insolventen Länder aber auch das globale Umfeld nur unzureichend erfasst sein. So haben insolvente Volkswirtschaften aus historischer Sicht zunächst mit einer schweren Rezession zu rechnen. Neben den EU-Mitgliedstaaten würden selbst Schwellenländer wie China die Folgen spüren, da mit der Eurozone der größte Absatzmarkt wegbrechen würde. Aber vielleicht ist ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen, denn es durchaus vorstellbar, dass die europäischen Steuerbürger auf den aufgekauften Staatsanleihen sitzen bleiben, deren Verlust über dem Aufwand zur Rekapitalisierung der abgestraften Banken und eventuellen Konjunkturpaketen liegt.

Nicht zu entschuldigen ist allerdings, dass die "Topökonomen" kaum ein Wort darüber verlieren, wie Griechenland auf einen Wachstumskurs geführt werden könnte, kein Wort darüber, dass der von Deutschland ausgehende europaweite Sparkurs ausgesprochen kontraproduktiv ist. Im Falle Spaniens und Italiens wird sehr vage von "Wachstumsreformen" gesprochen, ohne dass diese näher erläutert würden. In Rückschau der letzten Jahrzehnten wird unter Reform verstanden: Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung und Sparen, vor allem im Sozialbereich. Inwiefern durch die profitorientierte Kapitalisierung öffentlicher Dienstleistungen und weiterer Sparmaßnahmen Wachstum entstehen kann, bleibt auch in historischer Sicht vollkommen unerfindlich. Dass Gesundsparen eine Illusion ist, haben inzwischen sogar Ökonomen beim IWF begriffen.

<http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/nachrichten/die-maer-vom-gesundsparen/4475872.html>

Eine Diskussion über Investitionsprogramme, die helfen könnten, Volkswirtschaften wie Griechenland oder Portugal nicht nur aus der Rezession zu führen, sondern auf das Entwicklungsniveau Kerneuropas zu heben, ist leider nicht in Sicht. Zugegeben, letzteres ist ein Langfristprojekt, aber die Währungsunion kann mit dem heutigen Gefälle an Wirtschaftskraft auf Dauer nicht überleben.